

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

4.1.1928 (No. 3)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. M. v. d. O.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschließlich Zustellgebühr — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertretung, und Kontoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amerika, Frankreich und der Antikriegsvertrag

Die formelle Einleitung an Frankreich, sich den Vereinigten Staaten bei dem allen großen Mächten der Welt zu unterbreitenden Vorschlag eines umfassenden Vertrages anzuschließen, wird nun vom Washingtoner Staatsdepartement veröffentlicht. Der Vertrag soll die Erklärung enthalten, daß die Mächte auf den Krieg als Werkzeug der nationalen Politik verzichten.

Staatssekretär Kellogg hat in einem Brief an die französische Regierung angeregt, daß die beiden Regierungen, anstatt sich mit einer zweiseitigen Erklärung zu begnügen, einen bemerkenswerten Beitrag zum Frieden der Welt leisten könnten, indem sie sich zusammenschließen in einer Vereinbarung, die Zustimmung sämtlicher Hauptmächte der Welt zu einer Erklärung zu erlangen, worin auf den Krieg als Instrument nationaler Politik verzichtet wird. Wenn eine derartige Erklärung von den Hauptmächten der Welt zur Durchführung gebracht würde, so würde sie naturgemäß ein einflussvolles Beispiel für alle anderen Nationen der Welt sein, und es wäre denkbar, daß sie diese Nationen dazu bringen würde, ihrerseits das gleiche Dokument zu unterschreiben, wodurch eine Vereinbarung, die bisher für Frankreich und Amerika als Vertragspartner angeregt war, sich auf alle Mächte der Welt ausdehnen würde. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist daher bereit, mit der französischen Regierung Rat zu pflegen im Hinblick auf den Abschluß eines Vertrages unter den Hauptmächten der Welt, dessen Unterzeichnung allen Nationen freistehen würde. Wenn die französische Regierung gewillt ist, sich dieser Bemühung anzuschließen und mit den Vereinigten Staaten und den anderen Hauptmächten einen geeigneten Kollektivvertrag einzugehen, werde ich mich freuen, sofort Besprechungen im Hinblick auf die Vorbereitung eines Vertragsentwurfes, der den von Briand vorgeschlagenen Richtlinien folgen würde, aufzunehmen, der dann von Frankreich und den Vereinigten Staaten gemeinsam den anderen Nationen der Welt unterbreitet werden würde.

Der diplomatische Redakteur der französischen „Agentur Havas“ glaubt über den Stand der Friedensverhandlungen folgendes berichten zu können: Minister Briand erklärt sich in der an den französischen Botschafter in Washington übermittelten Antwort auf die Anregungen der amerikanischen Regierung mit der von Kellogg gegebenen Grundlage einverstanden, wünscht aber eine Präzision hinsichtlich einiger Punkte, besonders für den Fall einer Ablehnung der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat, sowie hinsichtlich der Bedeutung des Vorbehalts, durch den die Anwendung des Schiedsgerichtsvertrages in dritte Mächte eingehenden Angelegenheiten ausgeschlossen werde. Was die angeregte Erklärung der Achtung des Krieges anlangt, so ist der französische Minister des Äußeren über die Aufnahme dieses Vorschlages durch den amerikanischen Kollegen erfreut. Aber wenn, wie Kellogg es in seinem Schreiben andeutet, das geplante Abkommen nicht nur Frankreich und die Vereinigten Staaten binden soll, so wünscht Briand eine eingehende Prüfung der Frage, damit den Rechten und Pflichten kein Abbruch getan werde, die sich für die interessierten Nationen aus dem Völkerbundsstatut und den bestehenden Abkommen (1) ergeben.

Barter Gilbert über die Reparationsfrage

Barter Gilbert, der am Samstag mit Dawes in Washington eingetroffen war, suchte Dienstag früh den Staatssekretär Kellogg auf und wurde mittags von Coolidge zum Vortrag über die Ergebnisse des letzten Jahres seiner Tätigkeit in Berlin empfangen. Im Anschluß an den Vortrag beim Präsidenten erklärte er dem W.D.B.-Vertreter, er müsse der desilantierten Natur seiner Stellung wegen sehr vorsichtig sein; wer jedoch seinen letzten Jahresbericht genau lese, werde darin eine vollständige Darstellung seiner Stellung zu den finanziellen Problemen Deutschlands finden. Er habe wirklich nichts verschwiegen und beachtete nicht, hier im gegenwärtigen Augenblick Verhandlungen über eine etwaige Änderung der Reparationspolitik zu führen. Er liebe Berlin und würde gern noch längere Zeit dort tätig sein, könne aber jetzt über die Dauer seiner dortigen Tätigkeit nichts sagen. Er fahre jetzt nach New York und werde am Freitag mit der „Aquitania“ die Rückreise antreten, auf welcher er in Paris Station machen werde.

Eine neue Verhaftung im Elsaß. „Echo de Paris“ meldet aus Straßburg, daß die Sicherheitspolizei Dienstagabend den der autonomistischen Bewegung angehörenden Sohn des früheren Unterstaatssekretärs für Elsaß-Lothringen, Karl Haug, verhaftet habe. — Die Agentur Havas meldet, daß die Polizei trotz einer Jagd im Auto durch ganz Elsaß den evangelischen Pfarrer Dinkel nicht habe verhaften können. Es sei ihm gelungen, über die deutsche Grenze zu entkommen.

Genossenschaftswesen. Nach der Statistik des Reichsverbandes zählte man am 1. Januar 1928 im ganzen 40 095 wirtschaftliche Genossenschaften, davon 118 Zentralgenossenschaften, 20 670 Spar- und Darlehnskassen, 4676 Bezugs- und Absatz-, 4090 Molkerei- und 10 651 sonstige Genossenschaften.

Unvorsichtiger Elektrifizierung. Wie in Stockholm bekanntgegeben wird, hat sich herausgestellt, daß der elektrische Betrieb der Eisenbahnlinie Stockholm-Göteborg jährlich sich um eine Million Kronen teurer stellen wird als der frühere Dampftrieb.

Letzte Nachrichten

Amerikanische Stiftung für die Universität Heidelberg

W.D.B. New York, 4. Jan. (Tel.) Botschafter Schumann teilte bei einem ihm zu Ehren gegebenen Abschiedessen der Steuben-Gesellschaft mit, daß die auf seine Veranlassung vorgenommene Sammlung für die Universität Heidelberg bereits 280 000 Dollar ergeben habe. Der Hauptgeldgeber ist John D. Rockefeller jun. Weitere Beträge, auch aus deutsch-amerikanischen Kreisen, sind in Aussicht gestellt.

Die Bahnbauten der Reichsbahn

M. Berlin, 4. Jan. (Priv.-Tel.) Vor einiger Zeit hatte der Reichstag den Reichsverkehrsminister ersucht, ein Bauprogramm aufzustellen, das nun auch veröffentlicht wurde. Es enthält, wie mitgeteilt, auch verschiedene von der badischen Regierung unterstützte Nebenbahnbauvorschlüsse für Baden. Wie wir dazu erfahren, handelt es sich bei dieser Zusammenstellung aber nicht um Pläne, die sofort verwirklicht werden können, weil die Geldmittel dazu nicht ausreichen. Man hat lediglich eine Zusammenstellung der Pläne für die einzelnen Länder gemacht und auch die Eisenbahnlinien zusammengezeichnet, welche durch die Verrechnung unferer Bahnhäuser infolge des Verfallens Vertrags aus verkehrstechnischen Gründen notwendig sind.

Die Zwischenfälle im besetzten Gebiet

M. Berlin, 4. Jan. (Priv.-Tel.) Die Zwischenfälle im besetzten Gebiet haben zu Vorstellungen der Reichsregierung bei den zuständigen französischen Stellen geführt. Im Fall Kaiserslautern, wo ein deutscher Arbeiter von einem französischen Offizier schwer mißhandelt wurde, wird durch die Militärbehörde eine Untersuchung eingeleitet werden. In Zweibrücken wurde bekanntlich das Bismarckdenkmal von 15 französischen Offizieren besudelt und andere Ausschreitungen begangen. In diesem Fall hat die französische Regierung bereits der deutschen amtlich ihre Entschuldigungen ausgesprochen und eine strenge Bestrafung zugesagt.

Kardinalstaatssekretär Gasparri

M. Berlin, 4. Jan. (Priv.-Tel.) Aus dem Ausland verbreitete Meldungen über den Rücktritt des Kardinalstaatssekretärs Gasparri werden von Rom aus im Vatikan entschieden dementiert.

Die Regierungsbildung in Lettland

M. Berlin, 4. Jan. (Priv.-Tel.) Mit der Bildung der lettlandischen Regierung ist nach dem Scheitern Dr. Schlemanns (Deutsche Minderheit) wie gemeldet der Sozialdemokrat Dolgmann beauftragt worden. Doch ist es äußerst zweifelhaft, ob sich die deutsche Minderheit an einer solchen Regierung beteiligen wird. Man erwartet vielfach, daß Dolgmann, der sich bis Donnerstagabend abgeben hat, seinen Auftrag zurückgeben wird und daß dann das demokratische Zentrum, an dem die Deutschen bekanntlich gescheitert sind, die Regierungsbildung übernehmen wird.

Die „Hochverratsaffäre“ in Bolivien

M. Berlin, 4. Jan. (Priv.-Tel.) Vor einigen Tagen wurde mitgeteilt, daß drei Deutsche, aus Danzig stammende Unteroffiziere, in Bolivien vor das Kriegsgericht gestellt werden. Deutsche Ermittlungen haben ergeben, daß drei ehemalige Unteroffiziere, die auf Privatdienstvertrag in der bolivianischen Armee tätig waren, den Versuch gemacht haben, in die Dienste Paraguays einzutreten und deshalb wegen Landesverrat sich vor dem Kriegsgericht zu verantworten haben werden. Wahrscheinlich wird auf Ausweisung erkannt werden.

Verhaftung von Sowjetangehörigen in Riga

W.D.B. Riga, 4. Jan. (Tel.) Anlässlich des neunten Jahrestages der Einnahme Rigas durch die Bolschewisten fand trotz des polizeilichen Verboles eine kommunistische Versammlung statt, bei der 15 Kommunisten, darunter zwei Angestellte der sowjetrussischen Handelsmission, verhaftet wurden.

Lindbergh soll in Nicaragua vermitteln

W.D.B. New York, 4. Jan. (Tel.) Associated Press meldet aus San Salvador: Eine Gruppe hier ansässiger nicaraguanischer Privatbürger überreichte dem Flieger Lindbergh eine Denkschrift, in der sie ihn als Lufthelden und Friedensbotschafter begrüßen und ihn ersuchen, seine guten Dienste auszuüben, damit die amerikanischen Marinesoldaten ihre Feindseligkeiten in Nicaragua einstellen.

* Ein bedenkliches Missverständnis

Gleich nach dem Dawes-Abkommen und noch mehr nach dem Abschluß des Vertrags von Locarno hat die deutsche Öffentlichkeit die Auffassung vertreten, daß ein triftiger Grund zur Beibehaltung der Besetzung deutschen Gebietes nicht mehr gegeben sei. Von der Gegenseite wurden wir darauf hingewiesen, daß die Entwaflung Deutschlands noch nicht abgeschlossen sei. Auch dieses Argument ist seit Jahresfrist hinfort geworden: die Botschafterkonferenz hat selber anerkannt, daß Deutschland alles getan hat, um seinen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag, soweit sie sich auf die Frage der Entwaflung beziehen, zu erfüllen.

Politisch und moralisch besteht also kein Grund mehr, die Besetzung deutschen Gebietes aufrecht zu erhalten. Und formaljuristische Argumente können, wie gesagt, auch nicht mehr angeführt werden. Finanzpolitisch ist durch das Dawes-Abkommen eine Situation geschaffen worden, die allen berechtigten Wünschen unserer fröhlicher Gegner Rechnung trägt. Im übrigen darf nicht vergessen werden, daß die Reparationsfrage nach dem Wortlaut des Friedensvertrages keineswegs mit der Frage der Rheinlandbesetzung unauflöslich verbunden ist. Die Rheinlandbesetzung wird nach 15 Jahren sowieso aufhören, die Reparationszahlungen werden aber so gut wie sicher noch länger andauern. Und nirgendwo steht geschrieben, daß die Dauer der Rheinlandbesetzung von der Bezahlung der Reparationen abhängig ist.

Vielleicht hätte man den Umstand, daß Deutschland noch nicht Mitglied des Völkerbundes war, im Sinne einer Beibehaltung der Besetzung ausnutzen können. Seitdem aber Deutschland Mitglied des Völkerbunds und ständiges Mitglied des Völkerbunds geworden ist, können auch in dieser Hinsicht keine Bedenken gegen uns geltend gemacht werden. Wie man auch die Dinge betrachten mag, immer wieder ergibt sich die Erkenntnis, daß nichts mehr für eine Aufrechterhaltung der Besetzung spricht. Der Friedensvertrag gibt Deutschland ausdrücklich das Recht, eine frühzeitige Räumung zu beantragen, wenn sonst die Verpflichtungen aus dem Vertrag erfüllt sind. Deutschland hat offiziell einen solchen Antrag noch nicht gestellt. Wahrscheinlich, weil man den günstigsten Augenblick dafür noch abwarten will. Daß ein solcher Antrag kommen wird, steht aber außer allem Zweifel.

Leider scheint man im Ausland und speziell in Frankreich unser Zögern falsch zu verstehen. Und offenbar ist auch die bisherige Haltung der deutschen Presse nicht geeignet gewesen, dem Ausland die Dringlichkeit unserer Forderung klar zu machen. Denn sonst wäre es unmöglich, daß französische Regierung haben, die gute Beziehungen zur französischen Regierung haben, die ganze Angelegenheit mit einem derartigen Optimismus erörtern und dabei die Meinung vertreten, die Frage sei nicht so dringlich, weil sie ja ein Hindernis für die Entwicklung einer aufrichtigen Verständigungspolitik nicht gewesen sei. Das ist doch ein bedauerliches Mißverständnis. Und Deutschland hat alle Veranlassung, dieses Mißverständnis aufzuklären.

Offiziell ist das bereits an diesem Neujahrstage geschehen, indem der Reichskanzler von neuem erklärt hat, daß die Anwesenheit fremder Militärs in unserem Lande unvereinbar sei mit dem Geist einer wahren Friedenspolitik. Und das sollte von allen Politikern der Welt eingesehen werden. Man kann nicht friedlich und freundschaftlich zusammenarbeiten, wenn der eine Teil dem andern ständig den Revolver zeigt. Deutschland und Frankreich können nicht zu einem Zustand echter Versöhnung gelangen, wenn wichtige Gebietsteile Deutschlands von französischem Militär besetzt gehalten werden. Eine solche Besetzung ist und bleibt eine Schmach für ein ehrliebendes Volk. Diese Schmach muß erst beseitigt sein, bevor an die Stelle der politischen Veröhnung die Versöhnung der Geister und der Herzen tritt.

Die deutsche Presse aber wird in diesem Jahre mit ganz anderen Nachdruck, als bisher die Forderung nach vorzeitiger Räumung vorzubringen haben. Im schlimmsten Falle kann man die Frist des Abwartens noch verlängern bis zu den neuen französischen Wahlen. Dann aber wird für Deutschland der Augenblick kommen, in

Mit der Beilage: 8. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

welchem es die kategorische Frage an Frankreich richtet, ob es wirklich eine Politik der Versöhnung will oder nicht, d. h. ob es eine vorzeitige Räumung zugestehen will oder nicht. Die deutsche Reichsregierung wird wohl bestimmt mit einem offiziellen Schritt bis zu den Neuwahlen warten. Die deutsche Presse aber kann heute schon das französische Volk mit aller Entschiedenheit über die wahre Stimmung bei uns belehren. Und diese Stimmung ist so, daß sie ganz im Gegensatz zu den optimistischen Auffassungen einzelner Pariser Blätter die Fortführung der Versöhnungspolitik gefährden müßte, wenn die Besetzung unentwegt beibehalten wird.

Politische Neuigkeiten

Drei demokratische Anträge zum Einheitsstaat

Die demokratische Reichstagsfraktion hat drei Anträge zur Förderung des Einheitsstaates eingebracht. In dem ersten Antrag wird das baldmöglichste Verschwinden der zahlreichen in Deutschland vorhandenen Einschlußgebiete (Enklaven) gefordert. Der zweite Antrag ersucht um Einleitung von Verhandlungen der Reichsregierung mit dem preussischen Staatsministerium über das Aufheben des preussischen Verwaltungsgerichtes in ein Reichsverwaltungsgericht und ferner um die Eröffnung von Verhandlungen mit den Regierungen der anderen deutschen Länder mit dem Ziele, deren Zustimmung zum Übergang der Geschäfte der höchsten Verwaltungsgerichte der Länder auf das Reichsverwaltungsgericht herbeizuführen. Der dritte Antrag verlangt, daß dem Reichstag alsbald die Vorlage einer Reichsverwaltungsordnung und einer Reichslandgemeinverordnungsordnung unterbreitet wird.

Der Zwischenfall in Szent-Gothard

Der österreichisch-ungarischen Grenzstaaten, der entstand, weil fünf aus Italien kommende Waggons mit Maschinengewehren gegen den Protest der österreichischen Zollbehörden über die Zollgrenze weitergeschoben wurden, scheint weitere Nachspiele zu haben. Von ungarischer Seite wird behauptet, daß nach dem Frachtbrief die Waffenladung für Polen nach Warschau bestimmt war. Der Zwischenfall hat auch bereits einen Meinungsaustrausch zwischen den Staaten der Kleinen Entente zur Folge gehabt. In Prag wird erklärt, daß die Sache ersten Charakter trägt, da es zum erstenmal gelungen sei, die Täter in flagranti zu ertappen, obwohl schon einige Male ähnliche Nachrichten durch die Presse gegangen seien. Die Waffen seien für Ungarn bestimmt gewesen.

Die Regierungsabklärung in Danzig

Die Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung in Danzig sind am Dienstag wieder erwarten gescheitert. Grund hierfür ist die Haltung der Zentrumsfraktion, die die Verantwortlichmachung sämtlicher Senatoren, nicht nur der parlamentarischen, sondern auch der hauptamtlichen Senatoren entschieden ablehnte. Nach der bisherigen Regelung waren die parlamentarischen Senatoren dem Volkstage gegenüber verantwortlich und im Falle eines Rücktritts der Regierung schieden nur die parlamentarischen Senatoren aus. Da die Sozialdemokraten und Liberalen darauf bestanden, daß die Verantwortlichkeit auch auf die hauptamtlichen Senatoren ausgedehnt werde, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Heute soll der Versuch gemacht werden, eine Regierung aus Sozialdemokraten, Zentrum und allen liberalen Splitterparteien zu bilden. Nach der bisherigen Stellungnahme der bürgerlichen Parteien muß es fraglich erscheinen, ob diese Bemühungen zum Erfolg führen werden.

Russisch-polnischer Gefangenenaustausch. Auf der polnisch-russischen Grenzstation Kozłowo fand ein Austausch von politischen Gefangenen zwischen der U.S.S.R. und Polen statt. Der Vertreter des Außenkommissariats überlieferte dem Vertreter der Republik Polen 29 Gefangene und übernahm seinerseits neun Personen. Dieser Gefangenenaustausch ist als der letzte zu betrachten. In die Liste wurden alle Personen aufgenommen, die bisher aus verschiedenen Gründen nicht ausgetauscht werden konnten. Dieser Umstand erklärt auch den Unterschied in der Zahl der Ausgetauschten.

Eine Folge der Neujahrsempfänge für Coolidge. Präsident Coolidge trug bei einem Presseempfang am Dienstag die rechte Hand in einer Wunde. Es ist dies eine Folge der Neujahrsgratulationsscene, bei der er 291 Besuchern die Hand drücken mußte.

Befetzung der Mutter des Reichswehrministers. Die am Neujahrstage im Alter von 82 Jahren gestorbene Mutter des Reichswehrministers, Frau Caroline Gehler, wurde in Lindenberg zu Grabe getragen. Hinter dem Sarge schritt in Begleitung des Reichswehrministers Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Weisll. Rat und Stadtpfarrer Egger entwarf ein Bild des Wirkens der Entschlafenen, die im Familiengrabe an die Seite ihres Gatten und ihrer beiden Entleerter zur letzten Ruhe gebettet wurde. Reichswehrminister Dr. Gehler fährt am Freitag wieder von Lindenberg (Allgäu) ab.

Der Härteparagraf bei der Angestelltenversicherung. Der § 385 des Angestelltenversicherungsgesetzes sichert beim Tode des Versicherten der Witwe oder dem Witwer oder den hinterlassenen Kindern einen Anspruch auf vier Rente für die Zeit seit dem 1. Januar 1924 entrichteten Beiträge zu. Die 16jährige Geltungsdauer dieses Härteparagrafen lief am 31. Dezember 1927 ab. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat nun bei dem Reichsarbeitsministerium beantragt, dem Reichstage eine Vorlage zu legen, die die Geltungsdauer dieses Härteparagrafen verlängert.

Verstärkung des polnischen Pressebetriebs. Im polnischen „Reichsgesetzanzeiger“ sind zwei Verordnungen erschienen, wodurch einige Bestimmungen des Pressebetriebs verschärft werden. So wird die Gemeinverantwortlichkeit sämtlicher verantwortlicher Redakteure für den Gesamthalt der Zeitung festgelegt. Weiter wird bei Beleidigungen von Behörden, Beamten und Militärs das Beschlagnahmerecht etwas erweitert. Außerdem erhöht die neue Verordnung die Geldstrafen für einige Übertretungen von 1000 auf 2000 Floty. Die Verordnungen treten heute in Kraft.

Noch keine Lösung des litauisch-polnischen Konflikts. Der Warschauer Korrespondent der „Morning Post“ weist darauf hin, daß der Kompromiß zwischen Polen und Litauen wenig Aussicht habe, zu einer Lösung zu führen. Die Erklärungen Wolbemas an die Presse lauten wenig versöhnlich. Er betont, die territoriale Seite der Verhandlungen und macht kein Geht daraus, daß der territoriale Konflikt bis zu seiner Lösung Jahre dauern könne. In Polen lehne man jede Diskussion ab, solange die gegenwärtige Demarkationslinie nicht als Grenze anerkannt werde.

Todesstrafe für Unterschlagungen in Moskau. Der Oberste Gerichtshof in Moskau verurteilte den kaufmännischen Direktor der Getreideabteilung der Staatsbank, Poljakoff, und seinen Gehilfen Tselinin wegen Erteilung geheimer kommerzieller Auskünfte an Private und wegen betrügerischen Verkaufs von Getreide zum Tode und zur Konfiskation des Vermögens. Zwei Kaufleute wurden ebenfalls zum Tode verurteilt. Das Gericht beschloß, für Poljakoff und Tselinin die Nichtanwendung der Amnestie nachzuführen. Für die beiden Kaufleute wurde die Todesstrafe in zehnjährige Gefängnisstrafe umgewandelt.

Die englischen Gewerkschaften und der industrielle Frieden. Der Unterausschuß des Kongresses der Gewerkschaften wird nächste Woche in London zusammentreten, um die Fragen zu erörtern, die in den Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer... zur Herbeiführung des Friedens in der Industrie zur Sprache kommen werden. Die erste gemeinsame Sitzung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer wird wahrscheinlich Ende Januar stattfinden. Die Arbeitgeber wünschen, daß der ganze, die Reorganisation der Industrie und die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern betreffende Fragenkomplex zur Diskussion gelangt.

Kurze Nachrichten

Der Reichszentralrat an den Reichsarbeitsminister. Der Reichszentralrat hat an Dr. Brauns ein Glückwunschtelegramm geschickt, in dem er die bedeutungsvolle Tätigkeit des Arbeitsministers würdigt.

Der Titel Erzellenz. Wie von Berlin mitgeteilt wird, ist der Titel Erzellenz für Generale schon im Jahre 1920 für die Reichswehr abgeschafft worden. Seitdem werden in der Reichswehr die Offiziere mit dem Dienstgrad angedeutet. Diese Verfügung ist jetzt nur durch General Hehe in Erinnerung gebracht worden.

General Kref von Krefenstein. Der Oberbefehlshaber der Gruppe II in Rastatt, vorher Landeskommandant von Bayern, wurde zum General der Artillerie befördert.

Schadenersatzforderung bei der heftigen Regierung. Die Volksrechtspartei hat, wie aus Darmstadt gemeldet wird, bei der heftigen Regierung Schadenersatzforderung gestellt, weil ihr durch die Wahlrechtsbeschränkungen besondere Kosten entstanden sind, die der heftige Staat nach den Grundgesetzen des bürgerlichen Rechts zurückzuerstatten habe.

Die Verhandlungen über das Saarwirtschaftsabkommen. Die deutsche Delegation, die mit der Führung der Verhandlungen zreds Verlängerung und Abänderung der Saarwirtschaftsabkommen betraut ist, ist wieder nach Paris zurückgekehrt. Die Verhandlungen mit der französischen Regierung werden baldigt wieder aufgenommen werden.

Verhaftung der Frau de Unamunos. Nach einer vom „Journal“ wiedergegebenen Meldung hat die spanische Polizei die Frau des in Frankreich im Exil lebenden spanischen Schriftstellers de Unamuno in dem Augenblick verhaftet, als sie nach Spanien von einem Besuch bei ihrem Gatten zurückkehrte.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Wiedereröffnung des Landtagsarbeit

Mit Beginn der nächsten Woche werden die Ausschüsse des Landtages ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. So tritt am Dienstag, den 10. Januar, der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung zu einer Sitzung zusammen. Am gleichen Tage findet ferner eine Fraktionsitzung des Zentrums statt, während am 13. Januar die Fraktion der Deutschen Volkspartei eine Sitzung abhalten wird. Im Hinblick auf das vorliegende reichhaltige Arbeitsprogramm rechnet man mit einer Tagung des Landtages bis kurz vor Ostern.

Zur Eröffnung der Lehrerbildungsanstalten in Freiburg und Heidelberg

F.R. Seit das Unterrichtsministerium durch Bekanntmachung vom 14. November 1927 zur Meldung von Bewerbern für die Aufnahme in die Lehrerbildungsanstalt Karlsruhe und für die Lehrerbildungsanstalten Freiburg und Heidelberg, deren Eröffnung auf Ostern 1928 beabsichtigt ist, aufgefordert hat, ist wiederholt in der Presse und bei anderer Gelegenheit die Frage aufgeworfen worden, ob es denn im Hinblick auf die große Zahl der Junglehrer, die noch auf ihre Verwendung warten, gerechtfertigt sei, in drei Lehrerbildungsanstalten Lehrer auszubilden. Man befürchtet offenbar, daß durch die drei Anstalten so viele Lehrer ausgebildet werden würden, daß auch künftig eine große Zahl von Junglehrern lange vergeblich auf Verwendung warten müßte.

Es ist richtig, daß die jetzt vorhandenen Junglehrer, die nach aus den alten Lehrerseminaren hervorgegangen sind, genügen, um den Bedarf der nächsten Jahre zu decken. Dennoch ist nicht ohne weiteres zutreffend, daß man sich vorerst mit einer Lehrerbildungsanstalt begnügen könne. Zur Zeit sind 576 unbeworbene Junglehrer vorhanden. Bis Ostern 1928 kann mit einem Bedarf von 35 gerechnet werden, so daß dann noch 541 vorhanden sein werden. An Ostern 1928 können die 50 männlichen und weiblichen Studierenden des gegenwärtigen zweiten Jahrgangs der Lehrerbildungsanstalt Karlsruhe die Befähigung als Lehrer erhalten. Man wird nun aber davon ausgehen dürfen, daß diese und die künftig aus den Lehrerbildungsanstalten hervorgehenden Schulamtspraktikanten nicht sofort selbständige Verwendung finden sollten, daß vielmehr anzustreben sei, zwischen Prüfung und Verwendung regelmäßig ein Jahr praktischer Ausbildung einzufügen. Dann kämen die 50 Junglehrer, die an Ostern 1928 ihre Prüfung gemacht haben, erst von Ostern 1929 an für nichtplanmäßige Anstellung in Betracht, und ebenso wären die späteren Jahrgänge jeweils erst nach Ablauf eines Jahres nach ihrer Prüfung als verwendungsbereit zu rechnen. Nach den bisherigen Erfahrungen und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß im Jahr 1929 erstmals und dann weiterhin wieder mit Abgang von Lehrern, die 65 Jahre alt sind, zu rechnen ist, wird in dem Schuljahre 1928/29 mit der Verwendung von 190 Lehrern, im Schuljahre 29/30 von 210 und in den folgenden jeweils von 230 Lehrern gerechnet. Es werden dann von den jetzt vorhandenen Junglehrern 141 erst im Schuljahre 1930/31 nichtplanmäßig angestellt werden. Der Jahrgang von 50 Lehrern, der Ostern 1928 die Lehrerbildungsanstalt Karlsruhe verläßt, wird gleichfalls erst im Schuljahre 1930/31 zur Verwendung gelangen. Auch von dem Jahrgang, der jetzt in der Lehrerbildungsanstalt Karlsruhe sich im ersten Jahrestyus befindet, 119 männliche und weibliche Studierende zählt, sind Ostern 1929 die Prüfung ablegen kann, werden im Schuljahre 1930/31 89 angestellt werden, während 80 erst im Schuljahre 1931/32 zur Verwendung kommen können, also mehr als zwei Jahre nach der Prüfung warten müssen.

Berliner Theaterbrief

Von Hanns Martin Effer

Jetzt ist Berlin so weit: wenn man noch von künstlerischem Leben im positiven oder negativen Sinne sprechen will, muß man zu den Gemeinschaftstheater gehen, also den Staatstheater am Gendarmenmarkt und dem Schillertheater, dem Volksbühnen-Theater und dem neuen „großdeutschen Theatergemeinschaft“ im Wallner-Theater. Die privaten Theater sind völlig in den Geschäftsabgrund abgerutscht, nach dem Worte jenes Direktors, ein Theaterleiter müsse zugleich Finanzmann und Künstler sein, haben sie sich entschieden, das „und Künstler“ bei ihrer Führung zu streichen; das Finanzmännchen ist das allein Entscheidende. Und das heißt nichts anderes, als stuppelloses den übelsten Salonwünschen und Amüsiertrieben Folge leisten...

Vielleicht wäre die Scheidung der Geister zwischen Gemeinschafts- und Geschäftstheater noch nicht das Beste, da der wahre Kunstfreund ja sein Genügen bei vier den Idealen dienenden Bühnen finden könnte. Wenn nicht eine Gefahr drohte, die jetzt akut zu werden beginnt. Nämlich der Übergang von Führungsmagnum der Geschäftstheater auf die Gemeinschaftstheater mit dem Hauptgesetz: das Geld entscheidet. In der einst aus idealen Motiven — „die Kunst dem Volke“ — gegründeten Volksbühne am Bülowplatz ist jetzt die schon lange unterirdisch schwebende Direktionsstrafe ausgebrochen: Direktor Fris Doll hat mit Ende der Spielzeit seinen Abschied eingereicht, also zum 31. Aug. 1928, d. h. er hat gewußt, daß man seinen Vertrag nicht verlängern würde; zugleich schwebt der Plan, nun seinen künstlerischen Leiter neben den geschäftlichen mehr zu stellen, sondern den Geschäftsdirektor (sprich Finanzmann), der hier noch dazu in der Person Heinrich Neffs ganz unkünstlerisch eingestellt ist zum Alleinherren zu machen, den künstlerischen Teil aber nur durch Gastregisseure erledigen zu lassen. Da ein Teil des künstlerischen Ausschusses gegen die Pläne opponierte, hat man ihn angeblich durch Los (das Los war aber merkwürdigerweise einseitig), kurzerhand ausgetauscht, so daß Arthur Hoffmeyer, Rudolf Kayser, Hans von Zwehl, Paul Stein und mit ihnen freiwillig ausgetretene Alfred Wolfenstein, also auffallenderweise gerade die künstlerische Jugend, nicht mehr Einfluß ausüben können. Am den Rücktritt Fris Dolls wäre es an sich nicht schade, denn selbst

seine Anhänger müssen zugeben, daß seine künstlerische Arbeit des begeisterten Feuers, der großen Anschauung, der genialen Idee völlig ermangelte. Hoff ist vielmehr mitschuldig daran, wenn Riscator bei der Volksbühne aufsteigt, wenn die Volksbühne in Repertoire und Spiel zurückging, wenn jetzt die Gefahr besteht, auch des Gemeinschaftstheater ausschließlich den Finanzwünschen zu unterwerfen. Was aber unerträglich ist, liegt darin, daß kein neuer künstlerischer Direktor gemählt werden soll. Hiergegen muß kämpfen, wer immer noch für die Kunst eingestellt ist. Wenn die Gemeinschaftstheater erst einmal den Finanzleuten anheimfallen, dann ist für Berlin die Möglichkeit jedes Kunsttheaters überhaupt zerstört. Darum erfordert die Direktionsstrafe in der Volksbühne die stärkste Aufmerksamkeit und kritisch-aktive Teilnahme.

Vielleicht führt sie dazu, die im rechten politischen Lager stehende „großdeutsche Theatergemeinschaft“ zu stärken. Wenn diese klug genug ist, ihr Schwergewicht auf die künstlerisch-geistige Seite zu legen. Der Anfang mit Kraneviters „Andreas Hofer“ war schwach. Die Fortsetzung mit Hermann Burtes, des Schillerpreisträgers, „Katte“ war schon besser. Daß die große Theatergemeinschaft keine „Novitäten“ bringt, ist nur zu loben; nicht der Termin des Erscheinens ist das Entscheidende, sondern die Qualität. Burtes „Katte“ ist bereits 13 Jahre alt, also vor dem Kriege entstanden. Es ist Burtes Erkenntnis zur Idee und zum Geschehen des Staates. Der Staat wird durch den König personifiziert. Katte stirbt gern für diesen Staat. Das preussische Ethos ward hier gestaltet — wohlgerichtet Stofflich nach dem 18. Jahrhundert, ideell noch nicht völlig Gegenwart. Burte ist ein bejahender Geist, kein kritischer; die Idee der Menschlichkeit lebt für ihn noch nicht gegenüber der Idee des Staates. Sein Drama selbst ist nach Kleistischer Art als Gestaltung, dichterisch runde Gestaltung gefasst, in der Sprache, die die Tradition bejaht; das Gefühl wird hier plastisch. Es war schade, daß Konrad Weipels Regie mit mittleren Schauspielern nicht die innere Größe des Stückes anfänglich werden ließ; sie lieferte eine gute Klassikeraufführung. Burte ist aber noch kein Klassiker, sondern Leben unter uns. Offen wir, daß die großdeutsche Theatergemeinschaft auch Burtes andere Stücke in Berlin vermittelt und sich endlich künstlerische Mitarbeiter sichert, die ihren guten Willen zur echten Tat und Wirkung zu bringen vermögen.

Das künstlerisch beste Theater schenkt uns allein zur Zeit Leopold Jessner. Diesmal im Schillertheater eine nachträgliche Ehrung Kleists durch Inszenierung des „Robert Guiskard“, der Büchners „Wozzeck“ angegliedert wurde. Jürgen Fehling ließ Kleistsche Atmosphäre emporglühen; die Größe des Gegenstandes erhob sich, das Fleißliche gegen das Seelische, die Pest und das Genie des Willens — aber das Fragment stürzte den Gegenstand in sich zusammen. Trotzdem erschütternde Wirkung, weil Fehling als Regisseur den Nachdruck auf die Sprache legte: Walter Frank, die Sufin, Kraußner, Kleistischer Ton lang auf. Und ebenso sorgfältig Fehling beim wortverachtenden Bühnen vor: er gestaltete das schweigende Triebleben der Leidenschaften und Leidenden zu so bewegender Dual, daß spießige Zuschauer glaubten, die Menschenqual parteipolitisch nehmen und mit taktlosem Lärm den Zuschauertraum verlassen zu müssen, statt zuzulernen, zuzuerleben, wo sie selbst eines Leidens nicht fähig sind. Auf jeden Fall brachte Fehling mit Hilfe von Walter Frank und Lucie Mannheim das Menschliche zur vollen Erscheinung.

Man wünschte, daß Fehling at die drei Einakter „Schloß Wetterstein“ von Wedekind anpandte; er hätte wohl das geistig-mächtigste, verzaubert-mephistophelische des Wertes herausgeholt. Barnowsky in seinem gepflegten Theater in der Königgräberstraße ist zu sehr Realist, um das Fluidum des Geistes zu erzeugen und gerade dies brauchen wir hier, wo Wedekind unruhig-unklar jenen heute allgemeingültigen Satz „Du sollst nicht im Dunkeln lieben, sondern im Licht“ beweist, denn nicht kleine Unklarheit sondern nur große Leidenschaft darf herrschen. Agnes Straub, Kortner und Kamela Wedekind, des Dichters Tochter, gaben im letzten Akt doch aus eigenem die Gut, die diese Masse besitzt. Sie bezugnen uns und so würde Barnowskys ehrliches Bemühen doch noch — großes Theater.

Inmitten all des kleinen Theaters, das Berlin allverort liebt. Auch in Reinhardts Kammertheater. Man hatte zwar von Ossip Dymovs „Bronz-Epopee“ in der Uraufführung Besonderes erwartet, aber aller Kampf half nichts, die Enttäuschung blieb. In Form einer Traumichtung träumt ein armer Knopfmacher in Newyorks Untergrundbahn den Traum vom amerikanischen Millionärreichtum. Zum Traum veranlaßt wird er durch einen alten jüdischen Bekannten, Janek Kliment, damit die Judenfrage auch noch ins Stück wirken kann. So entwickelt sich aus den Traumstationen

Die Bad. Lichtspiele-Konzerthaus, die im vergangenen Jahre eine ganze Reihe hervorragender Filme gezeigt haben, eröffnen das neue Jahr mit einem in Karlsruhe zum erstenmal gezeigten Großfilm, „Entfesselte Elemente“. Ein Film aus den Schicksalstagen amerikanischer Kolonisation mit Ronald Colman und Bisma Bandy in den Hauptrollen. Der Schauplatz des Films ist die Nähe des Colorado-Flusses. Was Menschengeist und Energie zuzwecken bringen, ist hier in wunderbaren, wechselreichen Bildern gezeigt. Man versucht, die Naturkräfte dieses Flusses dem Menschen dienstbar zu machen. Aber nachdem die finanzielle Grundlage erreicht ist, bleibt das Unternehmen in den Kinderschuhen stecken. Eines Tages tritt der Colorado-Fluss über seine Ufer und jahrelange, zähe Arbeit wird in kurzer Zeit zu nichts gemacht. Was vorher mit wenig Mitteln erreicht werden konnte, muß neu aufgebaut werden. Zu den entsetzlichen Elementen in der Natur treten auch schlimme, im Menschen liegende Elemente, auf. Von der psychologischen Seite betrachtet ist dieser Film ein hervorragendes Werk. Ein weiterer Film, betitelt „Streifzüge eines Naturforschers“, führt uns die Gewinnung der Kreide, sowie des Bernstein vor. In landschaftlich schönen Aufnahmen sehen wir die mühsame Arbeit zur Erlangung dieser beiden Naturprodukte. Die Opernwochenschau bringt wie immer die Reizigkeiten der vergangenen Woche. Das neue Wochenprogramm ist ein guter Ausblick für das kommende Jahr.

Winterschäden. Die scharfe Kälte der letzten Tage, verbunden mit Raubreif, hat in den Hochwäldern des Schwarzwaldes erheblichen Schaden angerichtet. Zahlreiche alte Baumstämme sind der Wirkung des Raubreifs und Windbruch zum Opfer gefallen. Besonders starke Stürme werden aus den Waldungen von Pfalldorf gemeldet, wo über 20000 Festmeter dem Sturm zum Opfer gefallen sein sollen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die Rückseite der Depression erreicht uns heute Nacht und brachte Schnee, der mit zunehmender Erwärmung in den tieferen Lagen in Regen überging und Glatteis bildete. In der Höhe mitgeführte Kaltluftmassen hatten über dem Rheinflaie Drückauftrieb herbeigeführt, während im Norden überall der Druck fällt. Die darauffolgende einsetzende Südwestströmung wird kühlere Luft nach der warmen Vorderseite der im Norden voranziehenden Zykone führen, das feuchteste, zeitweise regnerische Wetter mit Nebelbildung wird anhalten. Voraussage für den 5. Jan.: Vielfach neblig und kühl, vereinzelt Niederschläge (Gebirge Schnee), zeitweise auffrischende südwestliche Winde.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Freiburg i. Br., 3. Jan. Der Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik, Geheimrat Professor Dr. Veger, hat einen Ruf an die Chirurgische Klinik nach München als Nachfolger des vor einiger Zeit nach Berlin berufenen Geheimrats Prof. Dr. Sauerbruch erhalten. Geheimrat Veger steht im 60. Lebensjahr.

Karlsruhe, 3. Jan. Revistons-Oberinspektor a. D. Stefan Herrmann in Rastatt feierte gestern seinen 80. Geburtstag. Weit über 40 Jahre verbrachte der Jubilar im badischen Staatsdienst.

Südwestliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft Sektion II, Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Nachdem bis zum festgelegten Termin, d. h. bis zum 21. Dezember 1927, keine weiteren Vorschlagslisten seitens der hierzu berechtigten Arbeitgeberverbände eingereicht worden sind, gelten gemäß § 9 der Wahlordnung unserer Berufsgenossenschaft, die in der vom Wahlvorstand und den Arbeitgeberverbänden gemeinsam aufgestellten Vorschlagsliste bezeichneten Bewerber als gewählt.

Die auf Mittwoch, den 18. Januar 1928, nachmittags 3 Uhr, in den Geschäftsräumen der Sektion II — Karlsruhe — Gartenstraße 38 angesetzte Wahlhandlung findet demnach nicht statt.

Südwestliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft Sektion III, Freiburg i. Br.

Bekanntmachung.

Nachdem bis zum festgelegten Termin, d. h. bis zum 22. Dezember 1927, keine weiteren Vorschlagslisten seitens der hierzu berechtigten Arbeitgeberverbände eingereicht worden sind, gelten gemäß § 9 der Wahlordnung unserer Berufsgenossenschaft, die in der vom Wahlvorstand und den Arbeitgeberverbänden gemeinsam aufgestellten Vorschlagsliste bezeichneten Bewerber als gewählt.

Die auf Mittwoch, den 18. Januar 1928, nachmittags 3 Uhr, in den Geschäftsräumen der Sektion III, Freiburg, Ew. n. Straße 37, angesetzte Wahlhandlung findet demnach nicht statt.

Berufsbürgermeisters

für die Stadtgemeinde Godesheim ist neu zu besetzen. Geeignete Bewerber wollen ihre Bewerbungen unter Anschluß von Lebenslauf sowie Zeugnissen mit Angabe der Gehaltsansprüche bis spätestens 24. Januar 1928 an den Gemeinderat einreichen.

Godesheim, den 29. Dezember 1927.

Der Gemeinderat.

Dr. Bonnorf, 3. Jan. Am 1. Januar konnte das Bonndorfer Volksblatt sein 25jähriges Jubiläum begehen.

Dr. Überlingen, 3. Jan. Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse hat auf den 8. Januar eine außerordentliche Ausschusssitzung anberaumt, in der die Frage des Gehalts zur Sprache kommen soll. Dieser ist durch amtliche Revision auf 20570 M festgesetzt worden.

Dr. Badenweiler, 3. Jan. Am Neujahrstage konnte die fleißige Weingroßhandlung Böllin, die vor 25 Jahren nach Badenweiler übersiedelte, auf ihr 100jähriges Bestehen zurückblicken. Das Geschäft hat sich, nachdem auch in Karlsruhe eine Zweigstelle gegründet worden war, unter der umsichtigen Leitung von A. Böllin, der in schwerer Nachkriegszeit als Bürgermeister dem Orte vorstand, heute zu einer bestehenden und gefestigt dastehenden Firma entwickelt.

Dr. Zweibrücken, 4. Jan. Die Platzkommandantur erläßt zu den Zweibrücker Besatzungszwischenfällen, die sich in Gestalt von Sachbeschädigungen in der Nacht zum 30. Dezember 1927 abgepielt haben, eine Erklärung, wonach kein Deutscher von den französischen Offizieren festgenommen und in der Kaserne festgehalten wurde. Der Schlossschmied August Sand aus Nimsweiler, der vor der deutschen Untersuchungsbehörde diese Angabe unter Eid gemacht hatte, wurde gestern nachmittag von der Staatsanwaltschaft erneut vernommen. Dabei nahm er seine ursprüngliche Aussage zurück. Er wurde sofort wegen Meineids festgenommen und in Untersuchungshaft abgeführt.

Verschiedenes

Der Winter

Während in England Tauwetter und Regen große Überschwemmungen verursachten, ist in Italien ein neuer Kälteeinbruch eingetreten. In Amerika herrscht große Kälte. Im mittleren Westen der Vereinigten Staaten liegt der Schnee 4-5 Fuß hoch. Er dehnt sich bis zum Golf von Mexiko aus.

Kinder auf einer Eisscholle abgetrieben

Beim Eintritt der Flut wurden vom Wilhelmshavener Strand sechs Kinder mit einer Eisscholle abgetrieben. Die Kinder wurden nachts halb zwölf Uhr durch den Stromdampfer „Alme“, ein Fahrzeug der Marineverft, gerettet. Der Dampfer, der die Kinder an Bord hat, ist augenblicklich fest.

Das Berliner Palais de Danse in Konkurs

Wie das „N. Z.“ erfährt, sind die Metropolbetriebe das Palais de Danse und der Pavillon Rosette in der Behrenstraße in Konkurs geraten. Am Dienstag waren sie zum letztenmal geöffnet.

Ein Dornier-Supercat nach Genua abgeliefert

Die Dornier Metallbauten in Friedrichshafen haben am Dienstag einen neuen Supercat an die italienische Luftfahrtgesellschaft nach Genua abgeliefert. Das Flugzeug ist mit vier Motoren versehen und vermag 20 Personen aufzunehmen, sowie 3800 Liter Brennstoff. Es erreicht 220 Kilometer Höchstgeschwindigkeit in der Stunde. Der neue Supercat von Chefpiilot Wagner gesteuert, durchflog die Strecke Friedrichshafen—Genua in zwei Stunden.

Miß Grayson von den Wellen verschlungen

Basel, 4. Jan. (Tel.) Ein Privattelegramm der „Nationalzeitung“ in Newyork meldet, daß nach Angabe des im Hafen von Portland eingetroffenen Dreimastlers „Rose Anne Belliveau“ die Fliegerin Miß Grayson und ihr Begleiter am 23. Dezember abends gegen 8 Uhr in ungeheurer Sturm auf offener See ganz in der Nähe des Schiffes den Tod gefunden hätten. Offenbar habe das Flugzeug sich dem Schiff nähern wollen, ist jedoch bei seinem Niedergang sofort von den Wellen verschlungen worden. Der Schiffsbefehlshaber sei es unmöglich gewesen, die Rettung zu versuchen.

Coof muß wieder ins Gefängnis

Coof, der seinerzeit behauptet hatte, den Nordpol erreicht zu haben, hat einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes in Washington zufolge die wegen Betruges über ihn verhängte Gefängnisstrafe von 14 Jahren weiter abzubüßen. Er war bereits zwei Jahre im Gefängnis, war aber kürzlich mit Bewährungsfrist auf freien Fuß gesetzt worden. Nach der neuen Entscheidung muß er ins Gefängnis zurückkehren und kann nicht vor März 1930 mit Bewährungsfrist freigelassen werden.

Bandel und Wirtschaft

Berliner Feisnotennotierungen

	3. Jan.	2. Jan.
	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.06	169.41
Kopenhagen 100 Kr.	12.24	112.46
Italien 100 L.	22.13	22.14
London 100 £.	20.43	20.47
Newyork 1 D.	4.1870	4.1865
Paris 100 Fr.	16.475	16.485
Schweiz 100 Fr.	80.82	80.835
Wien 100 Schilling	59.24	59.13
Brag 100 Kr.	12.407	12.427

Postfachamt Karlsruhe. Die Zahl der Postfahndungen betrug Ende Dezember 1927 42658 und Ende November 1927 42532, mithin ein Zugang von 126. Es wurden folgende Buchungen ausgeführt: 146652 Gutschriften über 285 130 916 Reichsmark und 103731 Gutschriften über 282 428 770 M., mithin ein Umsatz von 2 503 842 Buchungen über insgesamt 527 559 686 M.; davon sind bargeldlos beglichen 424 328 148 Reichsmark. — Das durchschnittliche tägliche Gesamtgutachten betrug 24 112 410 M.

Von der Redarsschiffahrt. Mit dem Jahreswechsel trat auch ein Wechsel in der Leitung des Schiffahrtskommissariats Heilbronn—Mannheim ein: Schiffahrtskommissar Hoffmann trat von diesem Amt zurück, das im Einverständnis mit dem Handelsverein Heilbronn auf seinem Sohn Erich Hoffmann übergeht, der bisher schon mit seinem Vater in diesem Amte tätig war. Schiffahrtskommissar Hoffmann wurde im Jahre 1898 in die Leitung der Redardampfschiffahrts-A.-G. berufen.

Die italienische Automobilindustrie ist in den ersten neun Monaten 1927 gegen die gleiche Zeit des Vorjahres um 509 Millionen Lire zurückgegangen.

Öffentliche Sparkasse Böhlingen.

Geschäftsbericht für das Jahr 1926.

Vermögen.		Schulden.	
	RM		RM
Kassenbestand	2 163,44	Spareinlagen	96 665,97
Guthaben bei Girozentrale	2 592,21	Giroeinlagen	28 504,70
und Postfiskus	76 577,66	Anlehenskapitalien	21 040,41
Hypothekendarlehen	33 748,74	Reinvermögen 31. Dez. 1926	6 003,10
Darlehen in laufender Rechnung an Privats	27 236,60		
Darlehen auf Schuldschein	6 205,—		
Gemeindedarlehen	2 404,33		
Einnahmerückstände	1 286,20		
Gewerkschaften	152 214,18		
			152 214,18

Böhlingen, den 2. Januar 1928.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Königl. Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Beßmann.

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit. Nr. 247. Über das Vermögen des Mehgers Oskar Müller in Jochenheim wurde heute nachmittags 5 1/2 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtskonsulent Wegert in Lage. Konkursforderungen sind bis zum 15. Januar 1928 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschließung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am:

Dienstag, 31. Januar 1928, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht hier. II. Stock, Zimmer 31. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nicht mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf absonderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 15. Januar 1928 anzugeben.

Rahr, 2. Januar 1928. Amtsgericht.

Bauarbeiten (Ausbau)

Für das Hauptgebäude der Nebenerdebedelungsanstalt Freiburg am Schlierbergweg sind nach Finanzministerialverordnung vom 27. Juli 1922 öffentlich zu vergeben: Putzarbeiten, Steinhofschlößer, Schreiner, Schlosser, Maler- u. Tapezierarbeiten. Pläne, Bedingungen und Arbeitsbeschriebe liegen vom 5. bis einschl. 9. Januar 1928, vormittags von 8-12 Uhr, auf unserem Geschäftszimmer zur Einsicht und Abgabe der Angebotsurkunde auf. Nach auswärtig kein Versand.

Bauarbeiten (Ausbau)

Für das Hauptgebäude der Nebenerdebedelungsanstalt Freiburg am Schlierbergweg sind nach Finanzministerialverordnung vom 27. Juli 1922 öffentlich zu vergeben: Putzarbeiten, Steinhofschlößer, Schreiner, Schlosser, Maler- u. Tapezierarbeiten. Pläne, Bedingungen und Arbeitsbeschriebe liegen vom 5. bis einschl. 9. Januar 1928, vormittags von 8-12 Uhr, auf unserem Geschäftszimmer zur Einsicht und Abgabe der Angebotsurkunde auf. Nach auswärtig kein Versand.

Freihändler Holzverkauf

bad. Forstamt Randers, Donnerstag, den 12. Jan. 1928: 453 Festmeter La- und Fichtenholz in 4 Losen. Losverzeichnisse durch das Forstamt. Nr. 246

Hochbauarbeiten.

Die Steinbauarbeiten (weißer Sandstein) für den Umbau des Aufnahmehauses in Mannheim sind nach den technischen Vorschriften für Bauleistungen vom August 1925, sowie der Verdingungsverordnung für Bauleistungen vom Jahre 1926 öffentlich zu vergeben. Pläne und Bedingungen liegen bei der Hochbauabteilung 2 in Mannheim, Eingang Barthesal II. Klasse zur Einsicht auf. Dasselbe Abgabe der Bestenfallsverzeichnisse. Angebote sind verschlossen, postfrei mit entsprechender Aufschrift versehen, bis zum Eröffnungstermin am Donnerstag, den 12. Januar 1928, vormittags 10 Uhr, an die unterzeichnete Dienststelle einzureichen. Zuschlagsfrist drei Wochen. Mannheim, den 29. Dezember 1927. Vorstand des Reichsbahnbauamtes Mannheim 2. Nr. 211

Kieling
15. JAN.
BAD. ROTE KREUZ
Geld-Lotterie.
125000
5000
4000
LOS 1M-11L-10M
PORTO U. USTE 30.-
Stürmer
MANNHEIM/07.11.
POSTSCH. K. 47043 KARLHUE

Leser Bücher
Wissen ist Macht!

Badisches Landes-Theater
Donnerstag, 5. Jan. 1928
D 15 (Donnerstagmiete)
F. G. M. 2. S. G.
Ein besserer Herr
von Gasencleber
In Szene gesetzt von
Felix Waumbach

Ludwig Schweisgut
Karlsruhe i. B.
Erbsenstraße 4
beim Rindelpfatz
Flügel
Pianos 724
Harmoniums
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

COLOSSEUM
Waldstraße 16
Telephon 5599

Täglich ab 8 Uhr
Sonn- und feiertags 4 u. 8 Uhr
REVUE
Wien
und die
Wiener

Herr Compag Schulze
Frau Compag
Harry Schulz-Weiden
Via Radmacher
Röbitus Alceide
Kaiser Müller
von Schmitten v. d. Trend
Frau Schnitgen Ziegler
Alina Quatser
Sekretär Schellenberger
Polizist Gemmede
Erste Frau Genter
Zweite " Rödel
Dritte " Silber
Vierte " Lautenschläger
Fünfte " Bertram
Sechste " Miller
Siebente " Gong
Achte " Di
Neunte " Schneider

Fr. 6. Jan. Volkstüml.
Vorstell. zu halben Preisen:
Fra Diavolo

Sa. 7. Jan. nachmittags:
Die Reise ins Schwarzenland
Abends: Zum Gebenken
der Uraufführung vor 75
Jahren: Neu einstudiert:
Die Journalisten

Achern. Nr. 245
Güterrechtsregisteramt
Band II, Seite 359. Steiml,
Andreas, Landwirt u. Rutscher
in Achern, und Anna geb. Schäfer. Vertrag vom
29. Dezember 1927. Güter-
trennung.
Achern, 2. Januar 1928.
Bad. Amtsgericht.